

Anhörung zur Schuldenbremse

Gottfried Milde und Karin Wolff: „Anhörung bestätigt konsequenten Weg der Regierungskoalition bei Schuldenbremse“ – „Politische Taktiererei ist fehl am Platz, denn es geht um die Zukunft unserer Kinder“

„Die von CDU und FDP gestartete Initiative zur Aufnahme einer Schuldenbremse in die Hessische Landesverfassung wurde von der deutlichen Mehrheit der Anzuhörenden als richtige Entscheidung begrüßt. Die meisten gesellschaftlichen Gruppen sehen die Einführung der Schuldenbremse als dringend notwendig an“, zeigten sich der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Gottfried Milde, und die Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion im Hauptausschuss, Karin Wolff, anlässlich der Landtagsanhörung zum Thema erfreut.

„Der ergänzende Vorschlag der SPD, der eine großzügigere Interpretation für Ausnahmesituationen vorsieht, ist von der Mehrheit der Experten als nicht mit

dem Grundgesetz vereinbar abgelehnt worden. Die Anhörung hat unseren konsequenten Weg hin zur Schuldenbremse bestätigt. Wir setzen dabei weiterhin auf einen breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens. Politische Taktiererei ist fehl am Platz, schließlich geht es um die Zukunft unserer Kinder“, so Milde. Man nehme als CDU-Landtagsfraktion die wertvollen Anregungen der Anzuhörenden ernst und werde sie in den weiteren Beratungsprozess mit einfließen lassen. Dies gelte insbesondere für die kommunale Familie.

Vom Ziel der Einführung der Schuldenbremse lasse sich die CDU aber nicht abringen. Die Schuldenbremse mache Hessen zukunfts- und sichere den Handlungsspielraum kommender Ge-

COUNTDOWN

nur noch

142 Tage

bis zur Kommunalwahl

nerationen. „Weniger Schulden bedeuten eine geringere Zinslast und damit größere politische Gestaltungsmöglichkeiten, auch im Bereich der Sozialpolitik. Zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gibt es keine Alternative. Durch das Verbot von neuen Schulden wird es in Zukunft überhaupt nur möglich sein weiter in wichtige Bereiche, wie Bildung oder Infrastruktur zu investieren“, so Wolff.

Hintergrund: Durch die Aufnahme der Schuldenbremse in die Hessische Verfassung soll es dem Land Hessen ab dem Jahre 2020 grundsätzlich verboten sein, neue Kredite aufzunehmen. Dies ist nötig, da seit 1969 alle Regierungen in Hessen immer weitere Schulden angehäuft haben, die zunehmend die Möglichkeiten, durch Bildungs- und Infrastrukturausgaben in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu investieren und durch Ausgaben für sozial Schwächere den Bedürftigen zu helfen, drastisch reduzieren. Leidtragende sind die jungen und zukünftigen Generationen. Viele weitere Informationen zum Thema erhalten Sie unter www.schuldenbremse.info.



CDU-Fraktion erarbeitet familienpolitisches Programmpapier Christean Wagner und Bettina M. Wiesmann: „CDU-Fraktion spricht sich gegen eine Verstaatlichung von Erziehung aus“ – „Wir wollen die Qualität der Kinderbetreuung steigern

„Familie hat Zukunft, und Familie ist Zukunft. Ohne Familien und gelingendes Familienleben kann unser Staat nicht existieren. Die Familie ist die Keimzelle und die Zukunft unserer Gesellschaft“, sagten der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Dr. Christean Wagner, und die familienpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Bettina M. Wiesmann, bei der Vorstellung des familienpolitischen Programmpapiers der CDU-Landtagsfraktion.

Familienpolitik gehöre zu den Schwerpunkten der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag. „Jetzt legen wir ein Programmpapier vor, das unsere Agenda der nächsten Jahre bestimmen wird und auch über Hessen

hinaus Impulse geben will. Im Mittelpunkt unserer Familienpolitik stehen die christlich-demokratischen Grundwerte: Freiheit durch die Chance, den eigenen Lebensentwurf zu wählen, Solidarität durch Hilfe besonders für Kinder und Pflegebedürftige, Gerechtigkeit durch Anerkennung der in Familien geleisteten Arbeit und ihres unersetzlichen Beitrags zum Gemeinwohl“, so Wagner.

Freiheit – Wahlfreiheit ermöglichen „Wahlfreiheit ist ein tragendes Prinzip unseres freiheitlich demokratischen Gemeinwesens. Jeder soll die Chance haben, den Reichtum von Familiengründung und Familienleben zu erfahren und dies mit seinen übrigen Lebenszielen in Einklang zu brin-

gen. Wir sprechen uns aber gegen die Verstaatlichung von Erziehung aus. Die Erziehung von Kindern ist zuallererst die Aufgabe der Eltern“, betonte Wagner. Es sei Aufgabe der Politik, Wahlfreiheit und Spielräume für Familien zu erhalten oder neu zu schaffen. Erforderlich seien vielfältige Optionen zur flexiblen Kinderbetreuung, mehr Anerkennung für aktive Elternschaft und familienfreundlichere Rahmenbedingungen in der Arbeitswelt für Mütter und Väter.

Solidarität – Kindeswohl und Pflege in den Mittelpunkt stellen „Besonderes Augenmerk unserer Familienpolitik gilt der Fürsorge für die Schwachen, für Kinder ebenso wie





für pflegebedürftige Familienmitglieder“, hob Wiesmann hervor. „Gelingene Bindung im Baby- und Kleinkindalter ist die beste Voraussetzung für gelingende Bildung in späteren Jahren“, so Wiesmann weiter. „Deshalb wollen wir Väter und Mütter ermutigen, die Möglichkeiten von Elterngeld, Elternzeit und Teilzeitbeschäftigung in Anspruch zu nehmen, und darüber hinaus nach neuen Wegen suchen, berufstätigen Eltern mehr Zeit für ihre Kinder einzuräumen, beispielsweise durch Lebensarbeitszeitkonten.“

Besondere Aufmerksamkeit müsse der Qualität von Kinderbetreuung gelten. „Bildungs- und Erziehungspläne sowie Sprachförderung sind in den Kindertagesstätten unbedingt notwendig. Je früher und länger Kinder in die außerfamiliäre Betreuung gegeben werden, desto wichtiger ist es, dass diese hohen qualitativen Ansprüchen genügt“, sagte Wiesmann. Nicht weniger wichtig seien gut erreichbare Elternbildungsangebote, zum Beispiel in Familienzentren bei Kindertageseinrichtungen, und systematische aufsuchende Elternarbeit bei Familien in schwierigen Lebensumständen, etwa durch Familienhebammen.

Außerdem wolle man die Voraussetzungen für selbstbestimmtes Altern und Pflege in der Familie verbessern, etwa durch Konzepte wie die Familienpflegezeit.

Gerechtigkeit - Familienarbeit stärker anerkennen „Eltern erbringen mit der Erziehung ihrer Kinder eine große Leistung für das Gemeinwohl. Sie sind Leistungsträger der Gesellschaft“, unterstrich Wagner. Wer sich für Familie entscheide, stärke das stabile soziale Netz unserer Gesellschaft. Die Leistung der Familienarbeit müsse stärker anerkannt und auch finanziell honoriert werden, z.B. durch die Gewährung eines verlängerten Elterngeld-Sockelbetrags für das zweite Lebensjahr eines Kindes oder die Einführung eines Familienrealsplittings durch Anhebung des steuerlichen Kinderfreibetrags auf den steuerlichen Grundfreibetrag.

„Wir legen ein stimmiges familienpolitisches Gesamtkonzept vor, das den gestiegenen Anforderungen an die Leistungskraft junger Menschen und ihren gewachsenen eigenen Ansprüchen an das Leben Rechnung trägt, aber auch die gewonnenen Erkenntnisse zu den Bedürfnissen der jüngsten wie der pflegebedürftigen Familienmitglieder berücksichtigt. Wir wollen Mut zu Kindern und zur Familie machen. Die Menschen suchen in der Regel ihr Glück in der Familie. Daraus erwächst reicher gesellschaftlicher Segen“, fasste Wiesmann zusammen.

Das Programmpapier „**Familie hat Zukunft – Familie ist Zukunft**“ können Sie unter www.cdu-fraktion-hessen.de herunterladen.

Aktuelle Termine:

Regionalkonferenzen des Informations-, Bildungs- und Beratungswerkes der KPV Hessen

mit
**Ministerpräsident
Volker Bouffier MdL**



Regionalkonferenz „Osthessen“

**Fr., 5. November
2010 - 17.30 Uhr,
Stadthalle Hünfeld**

Regionalkonferenz „Untermain“

**Fr., 12. November
2010 - 17.30 Uhr,
Bürgerhaus
Zeppelinheim**

Regionalkonferenz „Untermain“

**Fr., 13. November
2010 - 17.30 Uhr,
Stadthalle Rüsselsheim**

Anmeldung:
Tel. 0611-1665 541
oder per E-Mail an
info@kpv-ibb.de

CDU-Fraktionsklausurtagung Christean Wagner und Gottfried Milde: „Haushalt 2011 steht für ein strategisches Umdenken in der Haushaltspolitik“ - „Wir sind faire Partner unserer hessischen Kommunen“

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Dr. Christean Wagner, und der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Gottfried Milde, erklärten nach einer Fraktionsklausur in Rüsselsheim, dass der Haushalt 2011 für ein „strategisches Umdenken in der Haushaltspolitik“ stehe. „Die Haushaltspolitik der kommenden Jahre wird sich nicht mehr über die Höhe der Ausgaben, sondern vorwiegend über die Höhe der Einsparungen definieren. Die Schuldenbremse schafft ein zukunftsfestes und generationengerechtes Hessen. Der Haushalt 2011 ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Wir werden durch intelligentes Sparen in allen Teilen der Landesverwaltung die Neuverschuldung um rund 555 Millionen Euro unter das Niveau des Jahres 2010 absenken“, so Wagner und Milde. Trotz der notwendigen Einsparungen werde in die Schwerpunktbereiche „Bildung und Innere Sicherheit“ weiter investiert. Die Schaffung von zusätzlichen 500 Lehrerstellen und 550 weiteren Polizeianwärterstellen seien hierfür Beispiele.

Milde betonte, dass die umfangreichen Konjunkturprogramme von Bund und Land die Grundlage für die wirtschaftliche Erholung nach der Finanzkrise geschaffen hätten. „Kein anderes Land hat die Finanzkrise so gut überstanden wie Deutschland. Das konsequente Han-

deln der christlich-liberalen Koalitionen im Bund und in Hessen hat den Boden für den wirtschaftlichen Aufschwung bereitet. Zusätzliche Steuereinnahmen wollen wir in Gänze in die Reduzierung der Nettoneuverschuldung stecken. Eine Politik der Ausgabengeschenke wird es mit der CDU-Fraktion nicht geben. Unser oberstes Ziel bleibt die Haushaltssanierung“, so Milde.

„Wir sind faire Partner unserer hessischen Kommunen. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir ausdrücklich die Absicht des Hessischen Finanzministers, Dr. Thomas Schäfer, zeitnah die sich abzeichnenden Steuermehreinnahmen anteilig an die Kommunen durchzureichen. Wir sorgen damit für eine Entspannung in den kommunalen Haushalten“, stellte Milde fest. Der Kommunale Finanzausgleich des Jahres 2011 sei der fünfthöchste in der Geschichte Hessens. „Wir wollen die hessischen Kommunen weiter stärken und beim Schuldenabbau unterstützen. Mit dem ‚Kommunalen Schutzschirm‘ von bis zu drei Milliarden Euro leistet das Land einen wichtigen Beitrag zur Sanierung der Haushalte finanzschwacher Kommunen. Eine hohe Verschuldung und die damit verbundenen Zahlungsverpflichtungen für Kredite und Zinsen reduzieren die Entwicklungschancen gerade im Bereich von Betreuung, Bildung und Infrastruktur. Nur eine nachhaltige Finanzpolitik schafft die Voraussetzung für die künftige Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand“, so Wagner. Der Vorschlag der Landesregierung für den ‚Kommunalen Schutzschirm‘ werde im Konsens mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände erarbeitet.



Bei einem Gesamtausgabevolumen von rund 21 Milliarden Euro erreichen die Investitionsausgaben im Haushalt gut zwei Milliarden Euro. In allen Politikbereichen setze der Haushalt 2011 – trotz der großen Sparanstrengungen – wichtige Impulse für die Zukunftsfähigkeit des Landes:

- Ab dem Schuljahr 2011/2012 schaffen wir zusätzliche 500 Lehrerstellen, um die Unterrichtsversorgung auch bei schwieriger Haushaltslage weiter zu verbessern.
- Das Pilotprojekt „JEKI“ (Jedem Kind ein Instrument) hat sich bewährt und wird für zwei weitere Jahre fortgesetzt.
- Im Bereich der Inneren Sicherheit werden weitere 550 Polizeianwärter eingestellt.

Das oberste Ziel sei die Haushaltskonsolidierung, die die CDU-Landtagsfraktion weiter mit Hochdruck angehen werde. Wagner und Milde dankten abschließend auch dem ehemaligen Hessischen Finanzminister, Karlheinz Weimar, der den Haushalt 2011 noch mit vorbereitet hatte und dabei in vorbildlicher Weise die Landtagsfraktionen von CDU und FDP mit eingebunden hatte.





ERFOLGREICH FÜR DEUTSCHLAND:

**STÄRKSTES WACHSTUM
SEIT 20 JAHREN**

**NIEDRIGSTE
ARBEITSLOSIGKEIT
SEIT 18 JAHREN**

*Alle wichtigen Informationen zur
Jahresbilanz der Bundesregierung
finden Sie auf den Seiten des Mit-
gliedernetzes der CDU Deutschlands.*

DIE MITTE.

CDU

Herausgeber: CDU Bundesgeschäftsstelle - Marketing und interne Kommunikation - Klingelhofstraße 8 - 10269 Berlin - www.cdu.de - info@cdu.de

Peter Beuth: „Einführung der Schuldenbremse in Hessen ist trotz erfreulicher Steuermehreinnahmen unabdingbar für eine generationengerechte Zukunft“

„Trotz der erfreulichen Steuermehreinnahmen, die durch die aktuelle Steuerschätzung prognostiziert werden, ist die Einführung der Schuldenbremse in Hessen unabdingbar für eine generationengerechte Zukunft“, erklärte der Generalsekretär der CDU Hessen, Peter Beuth, zu den Ergebnissen der diesjährigen Herbstprognose des Arbeitskreises Steuerschätzung. „Einmalige Mehreinnahmen dürfen nicht als Argument für dauerhafte Ausgabensteigerungen genutzt werden. Nur so und im Zusammenhang mit der Schuldenbremse können wir den Kreislauf der Verschuldung verlassen und den Handlungsspielraum zukünftiger Generationen sichern. Es gilt hier die alte Volksweisheit: Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not.“

Beuth zeigte sich erfreut, dass die umsichtige Politik der Union mit den gesteigerten Steuereinnahmen Früchte trage. „Die CDU hat inmitten einer schweren Wirtschaftskrise Verantwortung übernommen und die objektiven Fakten geben unserer Politik recht: Deutschland erwartet das stärkste Wirtschaftswachstum seit 20 Jahren und die niedrigste Zahl der Arbeitslosen seit 18 Jahren“, so Beuth.

Hintergrund: Der Arbeitskreis Steuerschätzung legt jedes Jahr im Herbst aktuelle Schätzungen zu den Steuereinnahmen vor, die eine verbesserte Einschätzung der Entwicklung des laufenden Jahres kurz vor Ende und der erwarteten Steuereinnahmen für das kommende Jahr ermöglichen. Die Er-



gebnisse fließen in die parlamentarische Beratung zum Bundeshaushalt 2011 ein. Nach der aktuellen Schätzung werden Mehreinnahmen in Milliardenhöhe erwartet.